

Schneider-Zeitung

Organ

des Verbandes Christlicher Schneider, Schneiderinnen
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon B 1547.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.,
Palmstraße 14.

Bestellungen für direkte Zusendung,
Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle
zu richten.

Redaktionschluss:
Montag-Mittag.

Erscheint alle 14 Tage Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
ohne Postgebühren.
Abonnements-Bestellungen nimmt jede
Postanstalt entgegen.
Bei Zusendung unter Kreuzband 1.20 RM.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ
gratis.

Nr. 11.

Köln, den 1. Juni 1912.

9. Jahrgang.

Inhalt: Kompromisse. — Gewerkschaftliche Neutralität. — Die Fachauschüsse im neuen Handarbeitsgesetz. — Die Ausbildung der weiblichen Jugend im Schneidergewerbe. — Eine Enttarnung sozialdemokratischer Verleumder. — Lohnbewegungen und Differenzen. — Verbandsnachrichten: München, München. — Rundschau: Arbeitsmarkt im Monat April. Ein Sozialprojekt. Befähigungsnachweis in der Maßschneiderei. Der Aufwand eines Konfektionärs. Aufsehen erregende Mitteilungen. — Feuilleton: Die Morgenmäntel. — Literarisches. — Adressenänderung. — Arbeitsnachweis. — Nachruf. — Inserate.

Kompromisse.

Ein viel gebrauchtes Wort heute in der Arbeiterbewegung, viel mehr noch in der Gewerkschaftsbewegung. Denn mehr wie alles andere ist Gewerkschaftsarbeit ein fortwährendes Eingehen von Kompromissen. Aus dem Sturm und Drang sind die Gewerkschaften heraus. Heute steht jedes vernünftige Mitglied ein, daß blindwütigen Verschlagen des Porzellans noch lange nicht aller Weisheit letzter Schluss ist. Die mächtigen Verhältnisse laßen über die Wut und die lächerliche Ueberhebung des ohnmächtigen Menschen. Sie verlangen Anerkennung. Mit ihnen muß der Gewerkschaftler beständig rechnen, mit ihnen muß er von Fall zu Fall Kompromisse abschließen, wenn er wenigstens etwas erreichen und Schritt für Schritt vorankommen will.

So steht der Abschluß von Kompromissen gleich zu Beginn in dem Reglement für die Gewerkschaftler. Darauf kann nicht genug hingewiesen werden.

Vor dem Abschluß eines anderen Kompromisses dagegen möchte der Gewerkschaftler gleich dringend gewarnt sein. Er soll sich hüten, Kompromisse einzugehen mit sich selbst. Diese Gefahr schließt sich nämlich zu seiner Tür herein, ob es ihm nicht gelingen möge, ihn zu überwinden. Wenn es eine schwierige Situation zu durchschreiten gilt, raunt sie ihm zu, daß es doch klüßner sei, daß gerade er sich ins Feuer stellt. Sie will ihn zu einem Kompromiß mit seiner Bequemlichkeit verleiten. Und wenn er hier und da persönlich angegriffen wird, man seine Verdienste verkennet, ist sie auch schon mit einem Kompromiß mit seiner Empfindlichkeit bei der Hand, auf daß er sich zurückziehe. Und so in so vielen anderen Situationen ähnlich.

Verachtet diese Kompromisse mit den Schwächen der Natur. Gewerkschaftler. Immer gerade durch, wie es die Pflicht und die vernünftige Einsicht gebietet. Seit nicht so empfindsam. „Wehe dem, der ein wehrloses Geschlecht erzieht!“ Jeder Gewerkschaftler soll ein Charakter sein — und ein Charakter ist ein vollkommen ausgebildeter Wille. Der aber parlamentiert nicht erst lange mit kleinlichen Erwägungen des widerstrebenden Ichs, sondern greift fest und entschlossen zu, wie und wo es nützt. Nur so reißt der Erfolg.

Gewerkschaftliche Neutralität.

„Im Interesse unserer internationalen Bewegung muß ein Votum ausgetreten werden, das Votum der Verleumdung. Die Welt kann nicht beneidender auf uns schauen, wenn wir selbst so feindselig und eifersüchtig uns ins Gesicht zu schlagen und uns zu verleumben.“

Diese Nachtzeichnung, die der österreichische Sozialistenführer Dr. Mühl auf einem Parteitage seinen Genossen entgegenzuschleuderte, trifft heute auch noch vollinhaltlich auf die Sozialdemokratie zu. Nicht ausgenommen davon ist das Blatt des sozialdemokratischen Schneiderverbandes.

Befahen wir uns in der letzten Nr. mit dem Anwürfen des Blattes, die es anlässlich der diesjährigen Lohnbewegung gegen unsern Verband richtete, so müssen wir heute noch einmal auf die Nr. 17 der „Fachzeitung“ zurückkommen. Das Blatt schrieb darin auch noch folgendes:

„Die christlichen Gewerkschaften sind nicht neutral, sondern sie stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Zentrum, dessen Schöpfung sie ja sind. Wäre der christliche Schneiderverband wirklich neutral, dann würde er

nicht in jeder Nummer seines Organs, der Schneider-Zeitung, den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen... Als neutrale Organisation dürfte sich der christliche Verband um keine der Parteien kümmern. Wann aber hätte die christliche Schneider-Zeitung einmal, weil sie ja doch politisch neutral ist, neutral sein will, andere Parteien bekämpft, wenn sie die Interessen der Arbeiter mit Füßen treteten haben.“

„In das Zentrum haben sich unsere Christen noch nicht herangewagt; aus politischer Neutralität kämpfen sie in ihren Gewerkschaften und in ihren Zeitungen nur gegen eine Partei und das ist die Sozialdemokratie.“

Aber das ist auch ganz natürlich, die christlichen Gewerkschaften unterstehen der Autorität des Zentrums und darum müssen ihre Zeitungen auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen.“

Wir legen diese Injurien der „Fachzeitung“ deswegen hierher, um unseren Kollegen zu zeigen, wie die Kampfmethode unserer Gegner beschaffen ist. Also, wir sollen mal wieder Zentrumsgewerkschaften fern. Wer kennt es nicht, das alte Lied, das jedesmal ertönt, wenn die „Freien“ am Ende ihres Lateins sind. Darum ist es unnötig, näher darauf einzugehen, wir brauchen dies umwogener, weil die „Fachzeitung“ nicht mal die Spur eines Beweises für ihre Behauptungen erbringt. Bisher war es aber Sitte, daß der Ankläger auch den Schuldbeweis erbringen mußte. Das tut das Blatt des sozialdemokratischen Schneiderverbandes aber nicht, es behauptet jedenfalls in der Hoffnung, daß etwas hängen bleibe. Demgegenüber sei hervorgehoben, daß eine Lüge nie zur Wahrheit wird, selbst dann nicht, wenn man sie bis zur Verknüpfung wiederholt.

Weiter höhnt die „Fachzeitung“, wir ständen unter der Fuchtel der Zentrumspartei. Dazu sei bemerkt, daß die Hirsch-Dunderfische „Westdeutsche Post“ entschieden anderer Meinung ist, wie die „Fachzeitung“. Das Hirsch-Dunderfische Blatt schrieb nämlich in seiner Nr. 12/1906 unter anderem:

„Die christlichen Gewerkschaften sind das Grab der Zentrumspartei, sie sorgen dafür, daß innerhalb der Zentrumspartei die Interessengegensätze aufeinanderstoßen und das muß zur Zerrüttung der Partei führen.“

So schrieb das Hirsch-Dunderfische Blatt wie gesagt im Jahre 1906. Inzwischen ist die Zentrumspartei immer noch in der alten Stärke da, vielleicht stärker als manchem lieb ist. Wühin waren die christlichen Gewerkschaften nicht das Grab der Zentrumspartei und das ist selbstverständlich, denn die christlichen Gewerkschaften sind keine Zentrumsgewerkschaften, sondern waren, sind und bleiben parteipolitisch neutral. Jetzt wird die „Fachzeitung“ sagen, daß das Zentrum nicht zerrüttet worden ist, lag nicht an ihm, sondern an den christlichen Gewerkschaften, diese haben sich dem Zentrum unterordnet. Das ist natürlich unwahr, nach wie vor sind wir parteipolitisch neutral und kennen keine Unterordnung, sondern treffen unsere Maßnahmen durchaus selbständig. Das geht allerdings über den Horizont eines „freien“ Gewerkschaftlers, allzu sehr ist er die Kralche der sozialdemokratischen Partei gewöhnt, wie oft haben sie nicht schmerzhaft aufgeschrien. Erinnert sei an die Konferenz der „freien“ Gewerkschaftsvorstände im Jahre 1906, damals rüttelten die „Freien“ an der Kette. Genosse Deinbart, der Redakteur der „freien“ deutschen Holzarbeiterzeitung sagte:

„Verdrümpfte Gewerkschaftsbeamtenbürokratie, Pfennigfuchser, Verteiler“, „Diktatoren“, „Spieser“ hat man uns geschimpft! — Seit zehn Jahren haben wir Gewerkschaftler und beschimpfen, die schlimmsten Anschuldigungen über uns ergehen lassen müssen, ohne daß wir darauf geantwortet haben... Wir haben geschwiegen im Interesse der Einheit, wir haben uns prügeln lassen.“

Der Vorsitzende des „freien“ Bauarbeiterverbandes, Genosse Bömelburg, konstatierte ähnelnd: „Man hat versucht, in der Parteipresse, in Versammlungen in ganz systematischer Weise die Massen gegen die

Führer der Gewerkschaften aufzubekken. (Sehr richtig!) Man hat ihnen gesagt: Seht, das sind die vollgefressenen Aelte, mit denen müßt ihr euch auseinandersetzen.“

Und Müller vom Seemannsverbande machte ebenfalls aus seinem Herzen keine Mörbegrube, er sprach: „Selbstgefällige, strahlende Borniertheit“ hat die tote Waise uns vorgeworfen. — „Füßtritte ins Kreuz“ haben wir erhalten. — Man (die sozialdemokratische Parteipresse) hat versucht, die Gewerkschaftsmitglieder ihren Führern, die sie selbst erwähnt haben, zu entfremden, man hat direkt versucht, sie aufzubehen gegen ihre Leiter. Man hat offiziell zum Disziplinbruch aufgefordert.“

Also die „freien“ Gewerkschaften hängen an der Parteifelle der Sozialdemokratie. Daß die „Fachzeitung“ uns in derselben Rolle sehen möchte, ist menschlich begreiflich, aber der Wunsch wird nie erfüllt werden. Die christlichen Gewerkschaften sind selbständige Organisationen, von niemanden empfangen sie Direktiven.

Die Schlussfolgerung der Sozialdemokratie, wir seien deswegen nicht neutral, weil wir nur die Sozialdemokratie kritisieren, ist ebenso haltlos, wie wir gleich sehen werden.

Die Sozialdemokratie gibt vor eine Arbeiterpartei zu sein und die „freien“ Gewerkschaften sind mit ihr auf Gedeih und Verderb verknüpft. Kein Arbeiter, wer er auch immer sein möge, kann in der „freien“ Gewerkschaft zu irgend einer führenden Stelle gelangen, wenn er nicht ein eingeschriebener Sozialist ist, das wird die „Fachzeitung“ bestreiten, darum hier gleich der Beweis. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes erklärte auf der 5. ordentlichen Generalversammlung in Nürnberg unter Zustimmung der Delegierten (Protokoll S. 173):

„Ich will dann betreffs der Neutralität der Gewerkschaften nur bemerken, daß der Vorstand auf dem Standpunkt steht, daß die moderne Gewerkschaft ihre politische Vertretung in der sozialdemokratischen Partei findet. (Zustimmung.) Wir sind neutral insofern, als wir von keinem Mitglied die Ablegung eines politischen Glaubensbekenntnisses verlangen, wir nehmen sowohl Konfession, als auch Zentrumskente und Nationalsoziale auf, ganz ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit. Aber soweit können wir die Neutralität unter keinem Umständen geben lassen, daß wir Leute, die uns durch ihre ganzen Anschauungen und ihre bisherige Tätigkeit bekämpft haben, Vortritt in unserer Organisation auserkennen, (sehr richtig!) wir können nicht den Bod zum Gärtner machen.“

Diesen Beweis, daß freie Gewerkschaft und Sozialdemokratie eins sind dem wir noch eine Menge weitere anfügen, könnten auch die „Fachzeitung“ gelten lassen. Die angebliche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, handelt gegen das Arbeiterinteresse. Darum sind wir gezwungen, von Zeit zu Zeit in den Spalten dieser Zeitung die Sozialdemokratie zu zeigen wie sie ist. Das ist kein Verstoß gegen die Neutralität sondern unsere Pflicht. Zum Beweise dafür, daß die Sozialdemokratie das Arbeiterinteresse mit Füßen trat einige Tatsachen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag stimmten:

- gegen die Krankenversicherung;
- gegen die Unfallversicherung;
- gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung;
- gegen die Einführung der Gewerbegerichte;
- gegen das Arbeiterschutzgesetz, welches den Schutz der Jugendlichen und der Arbeiterinnen, die Sonntagsruhe, Sicherung des Arbeitstrages, Einschränkung der Arbeitszeit usw. für die Arbeiter brachte;
- gegen die Seemannsordnung;
- gegen die Novelle zum Krankentassengesetz;
- gegen die Errichtung von Kaufmannsgerichten.

Gegen Gewerbegerichte und Krankenversicherung stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten, nachher kämpfen die Genossen bei den Wahlen zu denselben wie fanatisierte Demosche, um ihre Leute in die Weisigerstellen hineinzubringen. Daß die Sozialdemokratie auch gegen das Arbeiterschutzgesetz gestimmt hat, ist ein direkter Verrat der Arbeiterinteressen.

Auch in anderer Beziehung hat die Sozialdemokratie und die mit ihr verbündeten „freien“ Gewerkschaften nicht das Arbeiterinteresse vertreten, wenn es galt die Lasten von den wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen. So stimmte die Sozialdemokratie im Reichstag:

- gegen die Einführung der Börsensteuer;
- gegen die stärkere Ausgestaltung derselben;
- gegen die erste Erhöhung der Börsensteuer;
- gegen die neue Erweiterung derselben;
- gegen das Gesetz, betreffend den unlauteren Wettbewerb;
- gegen die Besteuerung der Wettelaufzüge bei Rennen;
- gegen die den Großhandel treffende Besteuerung der Schiffsfahrtsfrachtforderungen entsprechend dem Frachtbetrage;
- gegen die Erhöhung des Zolles auf ausländischen Champagner;
- gegen die Steuer auf Champagner;
- gegen alle Zölle auf Luxusgegenstände, wie Kunstern usw. und andere Luxusgegenstände, usw. usw.

Ferner waren sie gegen die Einkommensteuer der Herren Aufsichtsräte, die ihre reichlichen Gewinne in den meisten Fällen mißlos einstreifen.

Also darum kritisierten wir die Sozialdemokratie und werden auch damit fortfahren, ob das der „Fachszeitung“ recht ist oder nicht, soll uns wenig scheuen. Wir würden unsere Pflicht nicht erfüllen, wenn wir die die „freien“ Gewerkschaften dem Treiben der angeblichen sozialdemokratischen Arbeiterpartei latentlos zuschauen.

Welch unermeßlichen Schaden die deutsche Arbeiterschaft erlitten hätte, wenn die übrigen Parteien eine gleiche Politik betrieben hätte, wie die von der „Fachszeitung“ gerühmte Sozialdemokratie, zeichnete Paul Kampfmayer, ein angesehener sozialdemokratischer Schriftsteller in den „Sozialistischen Monatsheften“: er schrieb:

1. „Stellt man sich vor, daß von 1896—1900 eine Milliarde 729 Millionen und 46 Tausend Mark von den deutschen Krankenkassen für die Krankenfürsorge verausgabt wurden, so erhält man einen floren Begriff von den Leistungen, welche zur Wiederherstellung der Gesundheit der Arbeiter aufgewendet wurden.“
2. „Ohne die deutschen Krankenkassen wären Hunderttausende deutscher Arbeiter aus Mangel an Krankenunterstützung frühzeitig zu Grabe gegangen.“
3. „Man vergegenwärtige sich, wie ungeheuer die deutsche Arbeiterbevölkerung belastet worden wäre, wenn sie seit Bestehen der Unfallversicherung für 927 813 Verunglückte die Unfallrente aufbringen müßte. Wohl oder übel hätten Tausende von Proletarierfamilien die verunglückten selbst durchschlagen müssen. In diesem Falle wären sie mit Millionen belastet worden.“

Demgegenüber halte man die Tatsache, daß die Sozialdemokratie gegen alle die Tatsache stimmte die den Arbeitern die vorgenannten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen brachte. Es ist also unsere Pflicht, die Sozialdemokratie zu kritisieren und das werden wir auch weiter befolgen.

Zur Klage der „Fachszeitung“ wir hätten noch nie eine andere Partei kritisiert, als die Sozialdemokratie folgendes. Unsere Mitglieder mögen die politische Partei, der sie angehören, kritisieren so viel sie wollten, aber innerhalb der Partei. In den Spalten unseres Verbandsorgans geschieht das deswegen nicht, weil keine der übrigen Parteien heutzutage sich sagt, sie sei eine Arbeiterpartei. Das tut nur die Sozialdemokratie, darum muß sie sich schon gefallen lassen, daß ihre Taten unter die Lupe genommen werden. Kein vernünftiger Mensch wird uns deswegen einen Vorstoß gegen die parteipolitische Neutralität vorwerfen.

Im übrigen hat die Arbeiterschaft gerade von der „Fachszeitung“, geschnittenen Zentrumsparlei sehr viel zu verdanken. Es ist eine Pflicht des Standes, dieses zu konstatieren. So sagte Abg. Frhr. von Seyl auf einem Gartenfeste des nationalliberalen Vereins in Worms:

„Mehrere Jahre habe ich im Reichstage für den Jehnhandarbeitstag der Fabrikarbeiterinnen auf dem linken Flügel unserer Fraktion gesprochen. Wissen Sie, wie viele Unterschriften ich für meine Anträge von den Liberalen erhielt? Ich sage fünf! Schließlich mußte ich mich, um die für die Einbringung nötigen Unterschriften zu erhalten, an das Zentrum wenden, das mich bereitwillig unterstützte. Wenn so lagen die Verhältnisse bei den Verhandlungen über die Heimarbeiter, die Arbeitskammern und die gesetzliche Kontrolle der Sonblatte.“

Und Herr Dr. Cahn schrieb in der freihunigen „Hilfe“ Nr. 39.

„Man mag dem Zentrum vorwerfen, was man will, daß es nicht sozial sei, noch man ihm nicht vorwerfen können, und tatsächlich haben Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei seit mehr als einem Jahrzehnt auf den verschiedensten Gebieten der Sozialpolitik im Sinne des sozialpolitischen Fortschritts zusammengearbeitet.“

Es sind also rein praktische Gesichtspunkte, die uns bestimmen, die Sozialdemokratie in ihrer wahren Gestalt zu zeigen. Hinzu kommt, daß die Sozialdemokratie und die „freien“ Gewerkschaften grundsätzliche Gegner der bestehenden Ordnung sind. Wir dagegen stehen auf dem Boden der Gesellschaftsordnung und streben nach dem Nationalen. Das klärt die Situation und stellt das Kampffeld ab.

Alle diese Dinge sind aber auch für das Blatt des sozialdemokratischen Verbandes keine neuen Offen-

barungen. Wenn es trotzdem nicht davor zurückschreckt, in der geeigneten Form zu kämpfen, dann können wir es nicht verhindern. Aber das steht fest, so wie in den Wahl hineingerufen wird, schallt es heraus.

Unsere Kolleginnen und Kollegen aber mögen das Gesagte beherzigen und immer weitere Kreise über den wahren Charakter der Sozialdemokratie aufklären. Tausende stehen noch noch im „freien“ Lager, die auf Grund ihrer Weltanschauung zu uns gehören. Diese gilt es zurückzuholen. Darum

Hand aus Werk.

Die „Fachauschüsse“ im neuen Hausarbeitsgesetz.

Die Kardinalfrage des ganzen Hausarbeitsproblems bildet die Lohnfrage. Mit deren Lösung, d. h. einer ausreichenden Entlohnung der Heimarbeiter, würde zugleich eine Reihe von Missetäten fortfallen, die eben dem Heimarbeiterproblem das charakteristische Gepräge verleihen. Eine gründliche Lösung der Lohnfrage in der Hausarbeit versprechen sich nun die meisten Sozialpolitiker von einer staatlichen Lohnsetzung, wie sie in Australien und England mit Erfolg durchgeführt ist. In diesem Sinne forderte denn auch bei der Kommissionsberatung des sogenannten neuen, am 1. April in Kraft getretenen Hausarbeitsgesetzes das Zentrum für den Bundesrat die Vollmacht, paritätisch zusammengesetzte Lohnämter einzusetzen, mit der Aufgabe, für solche Stenbindustrien, die ausfallend niedrige Löhne zahlen, Mindestlöhne aufzustellen: diese sollten dann durch die Landesbehörden oder den Bundesrat als rechtsverbindlich für die Unternehmer erklärt werden. Die Vermittlung dieser Forderung scheiterte an dem strikten Widerspruch der Regierung, mit der sich denn die bürgerlichen Parteien im Reichstag dahin verständigten, von dem Bundesrat für bestimmte Gewerbezweige und Gebiete zu beschließende Fachauschüsse in das Hausarbeitsgesetz aufzunehmen, welche einen Erfolg für die Lohnämter bilden sollen.

Diese Fachauschüsse sollen nun zunächst die Aufgaben der schon längst für die ganze Industrie geplanten, aber leider noch nicht zum Gesetz gewordenen Arbeitskammern; Stellung von Anträgen, Erstattung von Gutachten, Vorentscheid von Verhandlungen und Maßnahmen zwecks Hebung der wirtschaftlichen Lage der Hausarbeiter. Außerdem fallen den Fachauschüssen eine Reihe von Aufgaben der Lohnämter zu: sie sollen auf Ersuchen der Staats- und Gemeindebehörden in geeigneter Weise, insbesondere durch Vernehmung beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter sowie von Ausnahmepersonen die Höhe des von Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes ermitteln, dessen Angemessenheit begutachten, Vorschläge für die Vereinbarung angemessener Entgelte machen, den Abschluß von Lohnabkommen oder Tarifverträgen fördern. Wenn die Fachauschüsse in Zukunft eine einwandfreie, durchsichtige Lohnstatistik bieten, auf der sich berechnete Forderungen aufbauen lassen, so ist das schon ein großer Fortschritt gegenüber der heutigen Verborgenheit und Verwirrenheit, gegenüber den einseitigen Lohnangaben, welche oft nur eine Verschleierung der Lage zur Folge haben. Das Gutachten der Fachauschüsse über die Angemessenheit des Arbeitsverdienstes wird zweifellos nicht ohne alle moralische Wirkung auf die Unternehmer bleiben.

Lohnabkommen oder Tarifverträge — das wichtigste von allen — sollen die Fachauschüsse fördern. Ohne starke Organisationen zur Seite zu haben, ohne irgendeinen Zwang ausüben zu können, werden die Fachauschüsse hauptsächlich durch persönliche Einwirkung diese ihre wichtigste Aufgabe zu erfüllen haben. Den Berufsorganisationen der Heimarbeiter ist andererseits in den Fachauschüssen voraussetzlich ein neuer Boden geschaffen, auf dem sie ihre bisherigen Vermittlungs- und Verhandlungsversuche, auch in der Lohnpolitik, leichter und erfolgreicher durchsetzen können.

Die Fachauschüsse setzen sich zusammen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter, die zur Hälfte von der Regierung nach Anhörung beteiligter Arbeitgeber und Arbeiter ernannt werden, während die andere Hälfte von diesen so ernannten Vertretern gewählt wird. Der Ausschluß der freien Wahl könnte ausfallend, ja unbillig erscheinen, wenn auf anderem Wege eine zweckentsprechende Zusammensetzung möglich wäre. Wahlkörper auf Seiten der Heimarbeiter sind aber nicht vorhanden. Deren Organisationen sind noch äußerst schwach. Die Fachauschüsse müssen aber so zusammengesetzt sein, daß darin die verschiedenen Gruppen der Heimarbeiter wie der Arbeitgeber vertreten sind, und zwar durch sachverständige Personen vertreten sind. Eine so wichtige und schwierige Zusammenfassung darf man nicht dem Zufalls- ergebnisse allgemeiner Wahlen überlassen. Uebrigens enthält auch das Gesetz über die Lohnämter in Australien und in England die Bestimmung, daß die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter von der Regierung ernannt werden.

Die ganze Tätigkeit der Fachauschüsse soll also in letzter Linie darauf hinauslaufen, die Lohnfrage der Hausindustrie einer einigermassen befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Wieweit ihnen das gelingen wird, wird man vorläufig abwarten müssen. Sollte es ihnen jedoch aus irgendwelchen, jetzt noch nicht voraussehenden Gründen nicht möglich sein, die ärgste Not in weiten Heimarbeiterkreisen zu beseitigen, dann müßten sie doch schließlich den Lohnämtern mit Rechtsverbindlichkeit weichen, dann müßte schließlich über alle dotrindären und praktischen Bedenken die harte Notwendigkeit eines zwingenden Prinzips obliegen.

Die Ausbildung der weiblichen Jugend im Schneidergewerbe.

Die Zahl der in der Schneiderei und deren verwandten Berufe beschäftigten Arbeiterinnen ist im ständigen Steigen begriffen. So erfreulich diese Tatsache, von der wirtschaftlichen Seite aus betrachtet, ist, so hat sie auch eine Erscheinung im Gefolge, die zunächst für die beteiligten Arbeiterinnen selbst, wie dem ganzen Gewerbe vom Nachteil ist. Es ist die mangelhafte individuelle Ausbildung der Lehrlinge im Schneidergewerbe, über welche häufig Klage geführt wird, unter welcher jedoch die weibliche Jugend weitaus mehr als ihre männlichen Kollegen zu leiden hat. Diese Klagen haben schon zu manchen Untersuchungen geführt und neuerdings hat Dr. Elisabeth Hell eine solche über die spezielle Frage der handwerksmäßigen Ausbildung der weiblichen Jugendlichen im Schneiderberuf in München angestellt, die mehr den kleinen handwerksmäßigen Betrieben gilt. Ueber deren Ergebnis berichtet die Brentano-Vogel's Sammlung Volkswirtschaftlicher Studien. (F. G. Cotta, Stuttgart). Das Material wurde durch zahlreiche Einzelbesuche der Verfasserin in den Wohnungen der in Frage kommenden jungen Mädchen erworben, wobei nicht nur die beruflichen, sondern auch die häuslichen Verhältnisse erforcht wurden, außerdem wurde nur auf die beruflichen Verhältnisse bezüglich Material an der Hand eines Fragebogens noch auf breiterer Grundlage gewonnen. Alles in allem sind von der Untersuchung 720 junge Mädchen zwischen 14—18 Jahren erfaßt, und zwar sind davon 552 in der Damenschneiderei, 102 in der Wäscheindustrie und 66 in der Konfektion beschäftigt. Neben der Darstellung der wirtschaftlichen Lage wird in der Arbeit von Dr. Hell namentlich die Frage der handwerksmäßigen Ausbildung berücksichtigt. Seit dem 1. Oktober 1908 ist die Novelle zur Gewerbeordnungs-novelle in Kraft getreten, welche den sog. „kleinen Befähigungsnachweis“ einführt und alle Personen, die nicht die Meisterprüfung abgelegt haben, von der Anleitung von Lehrlingen ausschließt. Die nähere Ausführung dieser Bestimmung ist den Handwerkskammern übertragen. Obgleich alle Bestimmungen, die durch die Gewerbeordnung im Interesse des Handwerks erlassen wurden, auch für die Frau gelten müßten, gögten die meisten Handwerkskammern damit, ihre Vorschriften, Verwaltung- und Kontrollmaßnahmen auszubehnen, nur bei einigen Berufen mit viel Frauenarbeit macht sich allmählich ein Umschwung geltend. Im Frühling 1911 hatten 26 Handwerkskammern, darunter auch die für Oberbayern, die für München zuständig ist, die Damenschneiderei, teilweise auch die Bismutherei und Weißnäherie in das Handwerk einbezogen und das Lehrlingswesen den gesetzlichen Bestimmungen gemäß geordnet. Die Dauer der Lehrzeit ist verschieden geregelt, sie schwankt zwischen 1—3 Jahren; in Oberbayern beträgt sie 2 Jahre, für die Kleidermacherinnen 3 Jahre. Es besteht aber sowohl bei den Meisterinnen, wie bei den Eltern noch viel Widerstand gegen die 2—3-jährige Bindung, sowie gegen vertraglich festgelegte Verpflichtungen durch schriftliche Lehrverträge. Die Handwerkskammer Oberbayern hat sich schon seit 1901 bemüht, eine handwerksmäßige Ordnung in das Damenschneider-Gewerbe zu bringen. Es steht zu hoffen, daß durch die neuen Bestimmungen über den kleinen Befähigungsnachweis diese Bemühungen endlich wirksamer werden dürften als bisher. Die Verfasserin schreibt darüber u. a.:

„Die Meisterprüfung im Kleidermacherinnengewerbe haben bis Ostern 1911 2 Frauen abgelegt, die damit die Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen erlangt haben. . . . Von einem Meister Vorbereitungskursus für Damenschneiderinnen ist bis jetzt noch abgefehen worden, weil keine Anmeldungen vorliegen. Zweifellos werden aber die Meisterprüfungen jetzt, nachdem das Gesetz über den sog. „kleinen Befähigungsnachweis“ auch bei den Frauen ohne Einschränkung durchgeführt werden soll, zahlreicher werden und damit sind auch die Vorbereitungskurse notwendig, damit den Frauen die theoretischen Kenntnisse vermittelt werden, die Gegenstand der Prüfung sind, wie Buch- und Rechnungsführung, Kostenberechnung, Kenntnis der gesetzlichen Regelung des Gewerbetreibens, Zeichnen, Elementarkenntnisse über Stil- und Formschönheit, die Verbesserung eines guten Schnittsystems. Diese Vorbereitungskurse sind um so wichtiger, als es in den meisten Fällen den gewerblich tätigen Frauen an ausreichenden allgemein zugänglichen Bildungsgelegenheiten dieser Art gefehlt hat. Der erzieherische Einfluß wird nicht nur für diejenigen von Vorteil sein, die sich derselben unterziehen, sondern der größte Nutzen wird vielmehr dem gewerblichen Nachwuchs zugute kommen.“

In das Elend der heutigen Art der Ausbildung der weiblichen gewerblichen Nachwuchs läßt das vorliegende Buch manche Einblicke tun. Die sog. „Meisterinnen“ sind weder sachlich noch kaufmännisch genügend geschult, um andere gut anleiten zu können, auch werden die Kräfte der Lehrlinge zum Wange

Beilage zur Nr. 11 der Schneider-Zeitung.

besorgen, zu häuslichen Diensten, zu Handlangerdiensten ausgenutzt. Die Eltern wiederum zeigen oft sehr wenig Verständnis dafür, ob das Mädchen in einem passenden Beruf und in eine geeignete Lehrstelle kommt oder nicht, die Hauptfrage ist ihnen, daß das Mädchen möglichst schnell verdient. Bei der Berufswahl spielt der Zufall eine sehr große Rolle und dadurch wieder wird das häufige Wechseln der Arbeitsstätte der Mädchen bedingt. Das Mähdchener Wohnungselend beeinflusst nicht nur die häuslichen, sondern auch die beruflichen Verhältnisse ungünstig, da die Meisterinnen die Räume möglichst ausnützen müssen und enge, ungesunde Arbeitsstätten die Folge sind.

Auf die Mitteilungen der Verfasserin über die wirtschaftliche Lage der jungen Mädchen und ihrer Familien im allgemeinen soll hier nicht eingegangen werden, da ähnliche Verhältnisse auch schon in andern Werken behandelt wurden und der Nachdruck der Gellischen Schrift auf der Frage der handwerksmäßigen Ausbildung liegt. Nach den in Mähdchener gemachten Beobachtungen macht die völlige Planlosigkeit, die selber in der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses üblich war, doch allmählich geregelteren Zuständen im Lehrlingswesen Platz, doch sind die dahin zielenden Gesetze und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen noch zu jungen Datums, als daß die Wirkungen schon weitreichend sein könnten. Aber die Gellischen Prüfungen werden schon heute nicht nur den Ehrgeiz der Lehrlinge, sondern auch den Ehrgeiz der Meisterinnen, die ihre Lehrlingsfähigkeit in gutes Licht setzen wollen. Sollte es gelingen, durch die neuen Handwerker Gesetze die Zahl der gründlich gelernten Arbeiterinnen in der Damenschneiderei zu steigern, so würde das auch der ganzen Lage des Gewerbes zugute kommen und durch eine Qualitätssteigerung könnte das deutsche Gewerbe sich unabhängiger und auch konkurrenzfähiger gegenüber der Pariser und der Wiener Mode machen.

Eine Entlarvung sozialdemokratischer Verleumder.

Im Oktober vorigen Jahres berichteten sozialdemokratische Blätter über eine Schauergeschichte, die einem Genossen Kurzer, seines Zeichens Bierbrauer, in Konstanz passiert sein soll. Beim Nachhausegehen, am späten Abend, so hieß es, sei „K.“ von zwei Individuen überfallen, durch Messerstiche schwer verletzt und mit den Worten: „So, jetzt verred, du roter Hund“, in einen Graben geworfen worden. Außerdem hätte die „Braut“ des Kurzer von einem „Zentrumschriften“ einen anonymen Brief erhalten, der von einem „infernalischen Haß der Schwarzen gegen diesen ehrlichen und soliden Arbeiter sprach.“ So berichteten die sozialdemokratischen Tages- und Gewerkschaftsblätter, und die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbeamten sagten in zahlreichen Versammlungen daselbst und knüpften daran ganz ungeheuerliche Verleumdungen und Herabsetzungen von hunderten Tausenden ehrlichen, christlich-nationalen Arbeitern. Besonders zugelegt wurde der christlich-organisierten Arbeiterschaft in Konstanz. Und all das geschah auf anonyme Briefe, auf die Aus-

sage eines einzelnen, ohne auch nur einen Funken von Beweis zu haben. Na, die sozialdemokratischen Zeitungen, so die „Volksmacht“ in Freiburg und der „Volksfreund“ in Karlsruhe gingen noch viel weiter, und machten durch eigene Gutachten die Sache noch viel schlimmer, als sie von Kurzer dargestellt wurde. So soll Kurzer schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht worden sein. Im Wirklichkeit hatte Kurzer nur leichte, die Haut durchschneidende Schnittwunden, die schon nach 3 Tagen wieder verheilt waren. Wie es sich um diesen, wie überhaupt um der ganzen Sache verhält, darüber orientierte die von der Groß-Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung, die jedoch dazu führte, daß das Verfahren eingestellt wurde. Die „Konstanzer Nachrichten“ veröffentlichten nun in ihrer Nr. vom 22. Mai den Einstellungsbeschluss der Staatsanwaltschaft.

Derselbe lautet:

„Ich habe das Verfahren wegen Körperverletzung §. 21. des Bierbrauers Kaver Kurzer von Schenkensau, 3. St. in Nürnberg, eingestellt.“

Nach dem Ergebnis der Erhebungen und Feststellungen besteht kein Zweifel, daß der Angezeigte bei der Verletzung und in dem darauf eingeleiteten Ermittlungsverfahren falsche Angaben gemacht hat.

Er hat behauptet, er sei zwischen dem Wirtelgäßchen und dem Bahnhof Petershausen etwa um 1 Uhr nachts von zwei Unbekannten überfallen, geschlagen und getodet worden, die ihn zugerufen hätten: „So, du roter Hund, jetzt haben wir dich!“

In der Nähe des Tatorres hielt sich etwa 20—25 Minuten lang, bis zum Zusammenreffen mit dem Angezeigten ein Schutzmann auf. Das Zusammenreffen geschah etwa 30 Meter vom Tatorres entfernt. Der Schutzmann hat von einem Mann, der mit dem Verletzten nach der Verletzung des Kurzer hätte verbunden sein müssen, nichts wahrgenommen, auch keine anderen Personen gesehen.

Die bei dem Verletzten angeblich zugefügten Verletzungen bestanden in oberflächlichen, 3 Z. 1 Millimeter tiefen, 3 Z. nur die Haut durchschneidenden Schnittwunden an der Stirne, im Gesicht und an den Händen. Die Wunden waren nach drei Tagen verheilt (vgl. ärztl. Gutachten). Bei der Durchsichtigung des Kurzer auf der Polizeiwache, wohin er sich von dem Schutzmann hatte flüchten lassen, zeigte sich, daß die zwei Wähler, die er übereinander in der linken Brusttasche trug, vollständig durchstochen waren. Kurzer gab vor, diese Stiche rührten ebenfalls vom Unfall her. Die Schnitte sind auf beiden Seiten der Wähler etwa einen Zentimeter lang. Das Messer hätte also aus dem hintersten Buch noch weit hinausgetreten müssen. Eine Beschädigung des Taschenfutters, der Weste, des Hemdes war aber nicht vorhanden, nur die die Außenseite der Jacke wies einen Schnitt auf. Bei dem einen Buch, einem Notizkalender, ergibt sich bei näherer Prüfung des anscheinend von einem durchgehenden Stoß herrührenden Schnittes, daß die Schnittlinien am hinteren Deckel und an den davorliegenden Blättern nur dann aufeinander liegen, wenn das Buch halb geöffnet ist, nicht aber, wenn es geschlossen ist. Der Stich durch den hinteren Deckel ist schräg zur Deckelfläche geführt, der Stich durch die Blätter und den vorderen Deckel hindurch senkrecht. Auch zeigt der äußere Augenschein schon, daß zum Durchstechen des unter dem Deckel liegenden Buchteils besonders angelegt worden ist.

Die Schnitte sind mit einem haarcharfen Messer hergestellt worden, nicht mit einem feinen, Stelmesser oder einem gewöhnlichen Taschenmesser. Die Schnittänder sind nicht geragt oder umgebogen, die Schnittlinie ist nicht erweitert. Es ergibt sich hieraus mit Sicherheit, daß die Wähler vor dem Verletzten, jedes für sich, teils in offener, teils in geschlossenen Zustand durchschnitten worden sind. Bei dieser Sachlage besteht begründeter Verdacht, daß auch die oberflächlichen Schnittwunden, die der Verletzte Kurzer trug, nicht von einem gemaltätigen Verletzten herühren. Kurzer hat sich zur Glaubhaftmachung seiner Angaben, daß er Feinde habe, die ihn schon lange verfolgten und auch den Verletzten ausgeführt haben müßten, auf anonyme Briefe berufen, welche seine Braut, seine früheren Nebenarbeiterin Wehbart und Waltraff und er selbst erhalten hatten. Diese Briefe enthalten schwere Beschimpfungen des Kurzer und

aus ihrem Inhalt ergibt sich die Absicht des Briefschreibers, den Kurzer als einen des Verleumdung mit anderen nicht würdigen Menschen hinzustellen. Auch enthalten sie ähnliche Ausdrücke wie diejenigen, welche die Täter angeblich beim Verletzten gebraucht hätten.

Der erste Brief vom 6. 7. 1911, an die Braut des Kurzer gerichtet, konnte in Urchrift nicht beigebracht werden. Ein in der Verhandlung der Brauerarbeiter Nr. 35 vom 2. 9. 1911 enthaltener Abdruck gibt als Urchrift des Briefes die Buchstaben St. N. an. Nach Angabe des Kurzer war der Brief nur mit N. N. gekennzeichnet. Als mutmaßlichen Verfasser dieses Briefes hat Kurzer den Oberbrauer der Brauerei in Konstanz, Karl Muffler, genannt, gleichzeitig hat er jedoch erklärt, daß Muffler an dem Verletzten nicht beteiligt gewesen sei. Der zweite Brief vom 16. 7. 1911 und der dritte vom 23. Oktober 1911 liegen in Urchrift vor. Eine Vergleichung der beiden vorhandenen anonymen Briefe mit anderen von Verletzten Kurzer geschriebenen Schriftstücken ergab eine Übereinstimmung von Rechtschreibfehlern und eine Ähnlichkeit der Schrift. Durch das Entzählen eines Sachverständigen ist die Übereinstimmung der Schrift in den fraglichen beiden Briefen mit der des Kurzer festgestellt worden. Durch diese Tatsachen — Vortäuschung, daß die Wähler, die schon früher durchstochen waren, beim Verletzten durchstochen worden seien und Vortäuschung schlagender Briefe als von fremden Personen verfaßt — ist die Glaubwürdigkeit des Angezeigten sehr erschüttert, daß angenommen werden muß, der Verletzten hat gar nicht stattgefunden und Kurzer habe sich die Verletzungen selbst beigebracht.

Die „Konstanzer Nachrichten“ fügen hinzu:

Vergebens wird man umhau halten, ob die sozialdemokratische Presse ihre verurteilten Beschuldigungen nunmehr widerruft. Bei der wörtlichen moralischen Minderwertigkeit der roten Agitation ist das kaum anzunehmen, denn bei ihr gilt die Pflicht der Wahrhaftigkeit gegenüber dem Gegner nicht. Und so wird als Schlussergebnis aus dem Fall Kurzer bestehen bleiben: Schamlose Verleumdung des Gegners auf Grund teils erdichteter, teils willkürlich verdrehter Tatsachen; Zusammenbruch der sozialdemokratischen Allgemoral, elementarer Mangel an Wahrheitsliebe inbezug auf den Gegner, dem man die geraubte Ehre vorzählt.

Der Fall Kurzer ist eine moralische Katastrophe für die Sozialdemokratie.

Bohnbewegungen und Differenzen.

In Bad-Kissingen haben unsere Kollegen gemeinsam mit den Kollegen des freien Verbandes einen Damenschneidertarif den Arbeitgeber eingereicht. Da die Arbeitgeber keine Zugeständnisse machten, legten die Damenschneider und -schneiderinnen die Arbeit am 16. Mai nieder. Zugang ist ferngehalten.

Verbandsnachrichten.

Witglieder! Macht Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Wit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 22. Monatsbeitrag für 1912 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Folgende Zahlstellen haben sich zum 28. Mai 1912 für das 1. Quartal abgerechnet: Augsburg, Lindau, Mähdchen, Ravensburg, — Ulm, Frankfurt, Heilbronn, Nantenbach, Röhrdach, — Dortmund, Oberhausen, Rehd, — Berlin, — Marienburg.

Der Zentralverband. J. A. A. Schwarzmann.

Die Morgenmütel.

Von Pierre Vermite, Bericht von W. Michary.

(Aus der Arbeiterfamilie, Beilage zur Westl. Arbeiterzeitung).

Um jene Zeit beschloffen die Inhaber des bekannten Warenhauses Wronentry & Cie., bei dem Beginn der Winterzeit als Lad- und Bekleidemittel 20000 Morgenmütel in den verschiedensten Farben zum Verkauf auszubieten.

Diese Idee entsammte dem stets eifrig arbeitenden Kaufmannslehrling des Herrn James Wronentry. Man zog in Betracht, daß der Artikel eine Neuheit auf der ganzen Linie darstellen würde, sowohl was Stoff und Farbe, wie auch den Preis betraf. Für 10 Franken das Stück mußte man sie verkaufen und keinen Sous mehr, und die Frauen würden sich darum reihen, wurde erwägt.

Bisher hat man wenigstens 18 Franken dafür gefordert — entgegnete Jaak.

„Ja aber in Kaschmir!“

„10 Franken nur?“

„Teufel, wie knapp!“

„Ja, knapp, und doch will ich noch 4,50 Franken am Stück verdienen; für uns also ein Geschäft von 200000 Franken und für die anderen eine Bestellung von 110000 Franken.“

„Stimmt; die großen Aufträge nehmen sie ja immer.“

„Natürlich! Also einverstanden, nicht wahr? Einkauf das Stück 6,50 Fr., Verkauf 10 Fr.“

„Warum nicht 10,55 Fr.? Der Kunde beachtet verhältnismäßig wenig den kleinen Mehrbetrag und für uns ist dieser Aufschlag bei 20000 Stück nicht zu verachten.“

„Einverstanden! Wir sagen 10,55 Fr.“

Die fünf Kommissionäre des Hauses Wronentry & Co. haben die 110000 Fr. Bestellung soeben mitterts entgegengenommen; die Kinnigkeit! Für jeden macht's 22000 Fr. Man geht ins Café, am Tag dort zu einigen. In die Wegmütel gehüllt, gehen die fünf Kommissionäre über die Straße und treten in ein nahees Kaffeehaus.

„Wasser, fünf Liter!“

„Sie legen sich in eine Ecke und fügen alle die Arme auf die Wärmepfanne des Tischs.“

„22000 sagten wir? Wieviel wollen wir daran verdienen? Ich denke 6000.“

„Das wird schwer halten.“

„Ausflucht! Ich schlage vor, den Mähdchinnen mit aller Entschiedenheit 4 Fr. für das Stück zu bieten: entweder — oder! Jeder verfügt über 4000 Wäntel, mithin für 16000 Fr. zu bestellen, bleiben 6000 Reingewinn.“

„Wirb gemacht!“

Und dann sprechen sie von anderen bedeutendern Geschäften. Wenn der Käufer kam, hämpften sie die Stimmen. Sie sprachen von ihrem Prinzip, keine Konkurrenz zuzulassen und sie von den guten Geschäften auszuscheiden, die ihnen 100 Prozent einbringen. . . . Besser (sagen, sagten sie, Geld für Kostartikel zu geben, denn andere werden mit ihrer dummen Ehrlichkeit schon so das ganze Geschäft. Sie erwähnten einen Fall, in dem ein anderer einen Auftrag ausgeführt hatte, der die Folge nach sich zog, daß der Artikel für sie nun für alle Zeiten kein Interesse mehr hatte.

Die Heimarbeiterinnen haben sich zunächst mit aller Entschiedenheit gewehrt: 4 Fr. für einen zweierleiigen Morgenmantel mit Hals und Aufschlägen. Das wäre eine Ausbeutung. Eine Unmöglichkeit überhaupt, zu diesen Bedingungen Arbeiterinnen zu haben.

„Gut, ich kann die Bestellung ebenfugot anderswo machen.“

Damit hat Manasse, der die Kommissionäre vertritt, bereits seinen Willen übergeben; die Handschuhe angekrempelt und schied sich jetzt an, mit eleganter phlegmatischer Bewegung den Vorname zum Blattzeichen seines Sonderbetrugs zu benutzen. Da bittet ihn die Mähdchinn auf's Neue:

„Sagen wir wenigstens 4,25 Fr.“

„Warum nicht gar. Ich habe bestimmten Auftrag. Also 4 Fr., meine Bitte, und keinen Sous mehr. Es verhofft mir durchaus keine Verlegenheit, meine Bestellungen unterzubringen. . . . Donnerwetter! Eins 10000-Fr.-Bestellung finden Sie doch nicht auf der Straße. Und bei diesen Zeiten! . . . Aber, wie Sie wollen. Empfehle mich! . . . Guten Morgen!“

Und, Tränen der Mut und Verzweiflung in den Augen, die der Ausdruck ihrer innersten Gedanken sind, hat ihn die Frau zurückgerufen und — angenommen.

Die Zahl der Heimarbeiterinnen, denen eine beschränkte Anzahl kleiner Hände zur Verfügung stehen, beträgt etwa hundert. Es kommen auf jede zweihundert Morgenmütel. Die Zeichnung und das Schnittmuster wahren von Hand zu Hand, und jede prüft, den Kopf tief über die Müttele gebeugt. Das Muster ist empfindlich und höchst schwierig zu arbeiten. Der Zeichner, immer bestrebt, etwas Originalität zu schaffen, hat die Schwierigkeit der Ausführung nicht in Betracht gezogen. Die Schneiderinnen setzen einander an: es wird für sie allein wenigstens drei Stunden auf einen Mantel kommen.

Zum Glück ist die Saison noch nicht da und die Arbeit drängt nicht. Die Beschäftigten leiden unter einem augenblicklichen Arbeitsmangel, ohne den eine Vorbereitung die Arbeit wohl nicht für 3 Fr. für das Stück abnehmen hätte. Der Schneiderin selbst bleibt noch der meagere Verdienst von 1 Fr. Das ist zwar sehr gering, . . . aber, ohne man Hunger leidet . . .

Um 2 Uhr am Morgen. Eine Manjarda im siebten Stock, darin zwei eiserne Betten, ein leeres, zwei Kinder in den anderen. Ein billiges Krug für über jedem der beiden. Die Steine des Bodens sind unbedeckt, und fröhlich arbeitet eine Frau mit nüden, weissen Zügen und geröteten Augen an einer Nähmaschine. Und um sie herum häufen sich die weichen, flüchtigen Stoffe in rosa, weiß, blau und violett, die mit ihrem köpflchen Dufte und ihren leuchtenden Farben einen seltsamen Gegenstand der nächsternen und düsternen Umgebung bilden, über die eine schlechte Petroleumlampe ihr gelblich-rottes Licht wirft. Zahllos sind die Mähdchungen, die das Zusammennehen eines Mantels erfordern; wie viele Stiche gehören dazu, ihn zu setzen und zu säumen. . . . Und dann noch kommen die schwierigen Falten und Fältchen, die mit der Nadel gemacht werden müssen, und wobei die Augen schmerzen. . . .

Aber dennoch ist diese Frau zufrieden, denn die Arbeit ist sicher und wird sofort bezahlt. Es ist ihr einziger Gedanke, daß, wenn ihr Todtraden die zwei Morgenmütel, die Arbeit zweier Nächte und eines Tages nachher abliefern wird, so erhält sie sofort 1 Fr. für das Stück.

Immer von neuem läßt sie die Maschine rattern; voran, schnell, es heißt, stetig sein, denn die Mütel ist teuer und das Petroleum geht zur Neige. Und behutjam, leise, denn

Aus den Zahlstellen.

München. Mit welchen Mitteln man Maßfeiern durchführen will, darüber folgendes Beispiel. Die Firma Kiehlentner unterhält drei Werkstätten, eine Tagelöhner-, eine alte und neue Werkstätte für Stahlschneider. Während nun in beiden erkrankten mehr die gemäßigten, älteren und deshalb vernünftigeren Genossen beschäftigt sind, sind in der neuen dagegen alle möglichen Nationen und Charaktere zusammengewürfelt. In dieser Werkstätte spielte sich nun folgendes ab. Am Dienstag, den 20. April, wurde unserer Kollege um 3 Uhr am 3. Telephon gerufen, um von seinem Zusehender Mitteilung zu erhalten, daß am Mittwoch, den 1. Mai gearbeitet werden kann, Ring möge dies in der Werkstätte bekannt geben. Ferner fragte er Ring, ob er arbeite, was dieser bejahte. Auf das hin machte sich unter den Genossen eine große Erregung bemerkbar. Zuerst verlugten die Genossen es, unsere Leute zu überreden, daß diese nicht arbeiten, als dies nicht fruchtete, weil unsere Kollegen kein Interesse am 1. Mai hatten und haben konnten, entfiel ein lebhafter Wortwechsel. Ganz besonders zeichnete sich Genosse Erdbauer, Säumer und ein gewisser Gustaf (es ist dies sein Taufname, Schreibe name ist uns nicht bekannt) aus. Ein ganzes Schimpfwörterlexikon, wie z. B. Jesuiten, falsche Pfaffen, schwarze Schäfte usw. zeichnete die hohe Bildung der Genossen "silbend" aus. Des abends verweigerte Genosse Bauer die Abgabe der Schlüssel und erst nach telephonischer Anweisung seitens eines Angestellten der Firma gab er diese heraus. Am 1. Mai gingen unsere 4 Kollegen wie sonst in das Geschäft, wobei sich außer der übermäßigen Kontrolle der Genossen nicht nennenswertes ereignete. Nur ein Hauptkassierer mit Namen Döblich, brachte ein Geld "fertig" in die Werkstätte, nachdem er dies "unserem" am Vorabend mitgenommen hatte.

Am Donnerstag, den 2. Mai waren noch nicht alle erschienen, als bereits eine Debatte wegen Nichtfeiern des 1. Mai seitens unserer Kollegen einsetzte; diese reagierte aber auf diese Ermahnungen nicht, weshalb dann wieder etwas Ruhe eintrat. Im Laufe des Vormittags wurde nun die Sache seitens der Genossen wieder aufgeworfen, wobei sich zeigte, daß der Herr bereits die Gemüter fast in Wallung geraten ließ, der sich durch weitere Betätigung im Sinne sozialdemokratischer Bildungsbekämpfungen Luft machte. Nachdem die Genossen sich von ihrem Wutanfall erholt hatten, trat wieder Ruhe ein bis nachmittags gegen 1/3 Uhr. Das Mitglied wollte es, daß ein Genosse wegen zu spätem Kommen beandwortet wurde. Das war ein Mitglied in die Gewitterstimmung Luft. Genosse Weiß meinte, die Zusehender sollten sich lauter "Schwarze" einstellen, die arbeiten alle am 1. Mai. Genosse Säumer glaubte, mit Verteilung von Rosenkranz und Rosen, wie tausendmal schon gemacht, die schwarze Brut, sich herortun zu müssen. Unser Kollege Ring fand gerade am Bücheltisch, als Genosse Döblich mit schwarze Bande, es gab's a u s g e h e n t, n i e d e r g e h a n g e n u n d s o m a n n a u s u s l a n d e r, (Döblich ist selbst Ausländer) und schreiben die P, ein, herumhantieren. Ring antwortete, er wolle ruhig mit ihm reden, nicht in dem aufgeregten Ton. Obwohl Döblich meinte, er könne Ring ruhig anhören, so zeigte sich doch die Erregung, als Ring ihm vorhielt, daß er gar nichts zu sagen habe, denn er selbst habe ein Schlüssel fertig am 1. Mai gebracht. Und daß dem so ist, daß wie ruhig alles einleiten sollen, währenddem die Genossen uns mit Hohn und Spott überhäuschen zu dürfen glauben, zeigte am besten der Genosse Gustaf.

Er sagte Ring bei beiden Handgelenken und indem er sagte, im Guten geht es nimmer, jetzt müssen wir anders anfangen, schlenderte er Ring zurück an den Bücheltisch. Diese verwerfliche Tat, (Ring hat einen krüppelhaften Fuß, kann sich also nicht so helfen) wurde seitens der Genossen mit einem Heer von Schimpfwörtern und Drohungen, wie nachschmeißen, schlägt sie's lieber begleitet. Ring hatte endlich die Behandlung satt und ging zu einem zweiten Kollegen von uns und ersuchte ihn, mitzugehen. Beim Fortgehen drohte Genosse Döblich, daß wenn Ring einen Namen verrate, werde er ihn niederhauen. Ring erwiderte nur, daß er kein Arbeiterverleumdung sei, er wisse aber was er zu tun habe. Ring hat der Firma, trotz Däumens seinen Namen gesagt, obwohl solchen Terroristen es gefällt hätte. Die Firma hat in entgegenkommener Weise unseren Kollegen das Arbeitsverhältnis erleichtert durch Verschaffung kollektiver Sitzplätze. Was dann die Kollegen ihre Sachen hielten

der Nachbar unter uns kann das Gerassel der Maschine nicht ertragen und broht, uns hinauswerfen zu lassen, weil es ihn in seiner Ruhe stört.

Und wie eine Ironie gleiten die düstigen Stoffe unter der Nadel mit dem weißen Seidenschnur her, der mit taftmäßigem Knistern die Klammeln der beiden schlafenden Kinder begleitet, die sich gegenseitig eng umschlungen halten und deren Körperchen vor Wärme bebden, da sie nur mit dem Bettvorleger bedeckt sind.

Um 8 Uhr morgens in einem jener Modehäuser der äußersten Gegend, wo kein Blick mehr ist für das kleinste Kratzer: eine große Frau mit nüchternem Blick und strengen Zügen blickt ein großes, aber leichtes Paket, das ein junges Mädchen fordern gebracht hat.

"Dies sind zwei Morgenmäntel, bitte! Der eine hellgelb, der andere wassergrün; beide gebiegen, warm und sehr sorgfältig gearbeitet. Die Geschäftsführerin prüft sie mit peinlicher Genauigkeit.

"Nicht schlecht, schöne Mäntel, Muster gut herausgeholt; ohne Fehl, kunstvoll gearbeitet: die Knosphen auch sauber, ja, und die Querröhre nicht gezerzt. . . . Der andere, auch gut. . . . Da, piddlich! Schaut die Frau den Kopf, und ihre Züge gewinnen an Strenge; eine senkrechte Falte zeigt sich auf der Stirn.

"Sieht du den Flecken auf dem Tragenumschlag?"
"Ein Flecken," wiederholt das Mädchen mechanisch, wie bei einer schrecklichen Entdeckung, und sieht erschrocken hin. Da kommt ein großer, schwarzhaariger Mann hinzu. Überdies, der Flecken ist da.

Auf dem hellgelben Grunde errät man etwas wie einen Fingerabdruck.

"Seine Mutter hat Schweiß an den Händen. . . . Ja, freilich, man sieht's ja. . . ."

"Nun, weil sie aber doch zwei Mäntel. . . ."

"Was geben und zwei Mäntel an. Ganzelt sich's nicht davon. Um den Flecken handelt es sich. Hier, 1,50 Fr.!"

"Eingekauft, mit großem Kränzen in den Augen, bringt das Mädchen jähgähnd hervor:

"2 Fr. hat Mutter gesagt."
"2 Fr. kommt es zurück, kann sein, aber doch nicht für Schmutzfladen, wie ihr!"

und wieder fortgingen, erwiderte beim Verlassen der Werkstätte höflichste Ruhe, wie Gott segne das erhabene Handwerk, Gelobt sei Jesus Christus usw. Genosse Döblich gab ihnen das Geleit, aber nur, um sie zu sehen, wohin sie Kollegen gingen. Das über Gewissen ließ ihm keine Ruhe. Einige Tage später fing ein anderer, bei uns organisierter Kollege in der gleichen Werkstätte an. Nachdem derselbe über seine Organisationsangelegenheit befragt war, erwiderte, wie der Kollege auch in der Tagelöhnerwerkstätte erklärte, Rufe, wir brauchen keine Grüßchen, entweder laßt' dich umschreiben, oder machst, daß Du fortkommst. Er verließ aus diesem Grunde auch die Werkstätte.

In einer überaus stark besuchten Mitgliederversammlung wurde zu dem Vorfall Stellung genommen und beschloffen, von einer Anzeige abgesehen zu lassen wegen der Jugend und der aufgereizten Stimmung, in der die Herren Genossen sich befanden anlässlich der Maßfeier; dagegen soll der Zeitung Mitteilung gemacht werden von dem Vorfall, mit der Anfrage, was sie zur Verpelierung der Rechte unserer Mitglieder zu tun imstande ist. Wenn wir uns nun der Forderung hingeben, so sind mindestens die Sache nicht durch die Parteibrüder, sondern objektiv behandelt werde, so sollten wir schwer getuschelt werden. Wenigstens finden wir in nachstehendem Brief auch nicht zum mindesten das, was sich wirklich (durch einwandfreie Beugen steht dies fest)getragen hat. Der Brief lautet folgendermaßen:

München, den 19. Mai 1912.
An den Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verro. Berufs-Deutschlands, Zahlstelle München. 2. Händen des Herrn Gamp.

Bezugnehmend auf Ihre Zuschriften vom 14. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß nach der uns gewordenen Information die Sache bei der Firma Kiehlentner sich wesentlich anders abgepielt hat, wie dies von Seite Ihrer Mitglieder hingenommen beliefet wird. Nach der übereinstimmenden Aussage der dort beschäftigten Arbeiter, ist auf Ihre Kollegen weder ein Angriff erfolgt, noch sind sie in irgend einer Weise bedroht worden. Wir würden Ihnen dankbar sein, wenn Sie uns die Namen derjenigen Kollegen nennen könnten, welche sich derartiges zu schulden kommen ließen. Die Betroffenen würden mir dann veranlassen gegen die Verleiber dieser Anschuldigung Klage zu erheben. Die ganze Geschichte war weiter nichts als ein Wortgefecht wie es auf Werkstätten tagtäglich vorkommt, veranlaßt besonders durch das eigentümliche Verhalten Ihres Mitgliedes Ring. Was nun Ihre weitere Behauptung betrifft, daß ein Mitglied Ihrer Organisation gezwungen worden sein soll zu unserm Verbands überzutreten, so müssen wir Sie bitten, uns darüber Näheres mitzuteilen, da uns von einem derartigen Fall absolut nichts bekannt ist. Dagegen ist uns bekannt, daß von Ihrer Organisation einer unserer vom Ausland zugereisten Kollegen das Diebstahlsbüch abgenommen wurde und derselbe dafür ein solches von Ihrem Verbands mit dem Vermerk übergetreten ausgestellt erhielt, obwohl der Kollege, welcher der denselben Sprache nicht mächtig war, gar nicht die Absicht hatte Ihrem Verbands beizutreten. Das Buch befindet sich in unseren Händen und können Sie sich davon überzeugen.

Hochachtung
Die Ortsverwaltung
A. Tausch.

Dazu müssen wir folgendes feststellen. Der ganze Vorfall miß nicht von unsern Mitgliedern beliefet, so hinzuzufügen, sondern die Interaktionen dererigen dies. Wenn die Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes die ganze Angelegenheit so objektiv und gründlich behandelt hätte, wie dies auf unserer Seite gesehen ist, hätte die Antwort nicht so ausfallen können. Wenn die Zeitung noch dazu überprüft, was dankbar zu sein, wenn wir ihr die Namen der Leiberträger nennen, um diese Verleumdung, gegen unsere Kollegen zu klagen wegen Verbreitung dieser Angaben, so haben wir der Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes ihren Wunsch erfüllt, bemerken jedoch, daß dies schon eher hätte geschehen können, wenn die Namen unserer Kollegen offenbart wären. Wir können nur unser lebhaftes Bedauern ausdrücken, daß es eine Zeitung nach jetzt bringt, nicht nur den Terrorismus stillschweigend zu dulden, sondern sogar auffordert zu klagen, um das Arbeiterverleumdung Handien der Genossen als unantastbares heiligum hochzuhalten. Was das eine Mitglied betrifft, so ist derselbe mit seinem Werkzeug in die Werkstätte der Tagelöhner gekommen und hat dem Genossen Rager das gleiche gesagt, was er unsern Kollegen sagte. Wir legen hier wenig Wert mehr darauf, weil es nach dem der junge Kollege nicht auf einen Ernstfall antommen ließ. Was nun den Ausländer betrifft, den das Buch abgenommen wurde, so ist die Sache wesentlich anders, wie es die Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes hinzuzufügen versucht. Der Kollege, der uns bekannt ist, er arbeitet zu sehr Ort, sei uns schon lange auf infolge seines besondern Wesens zu unseren Kollegen. Deswegen vermuten wir, daß es sich um den Kollegen Benzoalto aus Budapest handelt. Dieser Kollege kam einige Tage vor oder nach Beginn des Streiks ins Bureau und verlangte Arbeit. Auf die Frage, ob er organisiert sei, antwortete er mit ja. Und auf die Frage, wo er herkomme, antwortete er: Schommerlecke 4. Deswegen hatten wir das Recht, das Mitgliedsbuch zu verlangen, weil wir wissen, daß es in jenen Gegenden keinen christlichen Verband gibt. Dies bestätigte sich, und Gamp fragte, warum er so organisiert sei und zugleich im kathol. Besehensverein sei, da antwortete er: Es gibt kein christlich Verband Budapest. Gamp fragte dann an, ob er hier gemittelt sei, überzutreten, worauf er antwortete: ja, wenn nichts verloren geht. Jedemfalls bestimmte ihn hierzu die Stelle, die ihm von Gamp angewiesen war. Verursacht hatte er ebenfalls keinen dabei. So verhält sich die Sache und nicht anders, weil gerade bei derartigen Leibertritten wir sehr vorsichtig sind, wie das auch der Augsburger Prozeß zur Genüge der Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes gezeigt haben soll. Wir beneiden den deutschen Schneiderverband um derartige Charaktere nicht, verbieten uns aber, unsere Kollegen den Kaufleuten terrorisieren zu lassen. Deswegen gilt hier wieder das alte, aber wahre Sprichwort: Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Wie es im eigenen Lager mit der Firma Kiehlentner arbeitete bis 1 Uhr. Bezüglich der die ganze Maßfeier und deren Durchführung sind einige Stridproben eines Herren, in genannter Werkstätte. Als die Sprache wegen der Feier des 1. Mai auf wurde, meinte Kollege Ringel, das sei die größte Dummheit für die Schneider. Da san net amal um 10 Stund' 'leib'n' und schuft'n' no daqaom 2-3 Stund' weiter. Deswegen'n' deanna's' ama doch am Mai feiern, um ein Achtfundentag' triagn. Es alla jehna is' ama dös, daß bei

Frage und Belg fogar a'ragt hab'n, ob's net am Sonntag arbeiten berfa, damit's am ersten Mai feiern kenna. Bei der Firma Bach wurde das Feiern des 1. Mai nicht genehmigt. Die Genossen fragten bei ihrer Zeitung an, was geschieht, wenn sie doch feiern. Darauf bekamen sie zur Antwort, Maßfeiern könnten sie schon, aber der Verband übernimmt kein e r l e i Verantwortung bei Maßregelungen. Nach Pfingsten wollen wir sehen, was gestruft hat. So können wir noch Vieles ergänzen bringen, desto mehr müssen wir protestieren gegen einen derartigen Terrorismus seitens der Genossen wegen Nichtfeiern des 1. Mai durch unsere Mitglieder. Das ist eine Schandtat in der deutschen Arbeiterbewegung, die verdient, höher geahndt zu werden.

München. Die Nummer 10 der Fachzeitung, Organ des sozialdemokratischen Schneiderverbandes, bringt ein Editorial, das sich mit dem Berichte der Zahlstelle München über die beendete Wohnbewegung befaßt. Wir wollen hiermit die Antwort geben.

Der Artikelsteller, ein Herr Tausch, seines Zeichens Bezirksleiter vom sozial. Schneiderverband schreibt: Die Nummer 9 der christlichen Schneider-Zeitung vom 4. Mai 1912 bringt einen Bericht über die Wohnbewegung in München, der in "echt christlicher" Weise die Tatsachen auf den Kopf stellt. "O!", Herr Verfasser, nicht so aus der Schule plaudern. Wenn wir auch wissen, daß es in jenem Lager so üblich ist, so dürfen Sie doch nicht dem Gegner gegenüber die Wahrheit eingestehen, da Sie diese nur ihren eigenen Genossen schuldig sind. Deswegen muß der Artikel in Nr. 9 der Schneider-Zeitung auf Grund Ihrer berühmten Taktik auch verlogen sein. Weiter schreibt Herr Tausch: "Der Verfasser dieses Editorials scheint sich seines Geistesproduktes selbst zu schämen, denn sonst hätte er seinen Namen darunter gesetzt. Der Anonymus, ich will es verzeihen, ist der Leiter des "einfuhrreichen" christlichen Schneiderverbandes in München, Herr Gamp."

Jetzt haben wir's. Naun, daß die Bewegung vorüber sei, bei der Gamp sich vor Tausch nicht gescheut hat, ist's aus und Gamp fürchtet sich jetzt vor dem Selben des Fachzeitungsartikel in Nr. 10, weil er das schreibt, was teils schriftlich, teils mündlich während und vor der Bewegung bereits von Gamp gesagt wurde, ohne jedes Anzeichen von Furcht.

Was das Fehlen des Namens in der Schneider-Zeitung betrifft, Herr Mitarbeiter der Fachzeitung, so sind wir der Meinung, daß es besser für Sie gewesen wäre, wenn Sie denselben in der "Fachzeitung" weggelassen hätten, denn der Anstand und die Sachlichkeit, die aus Ihren Geistesblüthen hier zusammengetragen wurde, macht Ihrem Namen wenig Ehre.

Was Gamp betrifft, ist die Abführung vermutlich seitens der Redaktion geschehen, der Name war vom Verfasser ganz angeben. Es gehört jedoch nur etwas Denksabigkeit dazu, aus der Abführung den vollen Namen herauszubringen.

Weiter schreibt der Herr: Dieser Herr hätte die Zeit, welche er für das Geschriebene verwendet, besser dazu benutzen, seine Pflichten als Führer einer solchen "sozialdemokratischen" Organisation zu erfüllen. Herr Tausch, alle Achtung! Sie haben beim Schreiben ihrer Bestrebungen wahrheitsgemäß in den Spiegel gesehen, und sich dazu wohl gedacht, das Bild könnte auch zu anderen passen. Wir werden auch in der Frage nach den Werten leben. Heute sei nur bemerkt, daß unser Führer, die Artikelchen nicht ausgenommen, ihre Pflichten bei der diesjährigen, wie auch der früheren Bewegungen nach jeder Richtung erfüllt haben. Ob Sie, Herr Tausch, als Bezirksleiter von sich, oder der einen oder anderen Ihnen unterstellten Filialen dieses sagen können, wagen wir, mit Verlaub, nicht leicht dazwischen zu geben, und Sie werden uns nicht leicht dazwischen geben, wenn Sie etwas Mühsal hatten. Weiter haben wir keine Ursache, uns darum zu kümmern, weil wir nicht Zeit haben, der erster Arbeit Spionage zu treiben.

Weiter heißt es in dem Artikel: "Zunächst paßt es heiligem Christen nicht, daß seiner Organisation nur drei Vertreter in der Tarifkommission von uns zugelassen wurden. Demgegenüber konstatieren wir, daß unsere Kollegen bereit waren, dem christlichen Verbands noch weiter in diesem Punkte entgegenzukommen; es ist ihm eine Vertretung auf Grund der Mitgliederzahl angeboten worden. Die Feststellung der Zahl der Vertreter sollte nach der Abrechnung vom 4. Quartal 1911 erfolgen. Tausch legte auch im Bureau Herrn Gamp die Abrechnung unserer Filiale vor. Herr Gamp dagegen machte nur Ausflüchte. Er sagte wörtlich zu Tausch: "Wenn Ihre Leute (der freie Verband) den Angaben über die Zahl unserer Mitglieder so freien Glauben schenken, so müßte es auch nichts, wenn wir Ihnen die Abrechnung vorlegen. Der christliche Herr hatte also nicht den Mut, seine vielen Hunderte Mitglieder auf Grund der Abrechnung einzuwandeln nachzuweisen. (Auch im Original Sperrdruck. D. B.) Überdies hätte er alle Ursache dazu, darauf nicht einzugehen, denn jedenfalls hätte der christliche Verband dann keine drei Vertreter mehr erhalten." Nun kommen wir wieder, Herr Tausch.

Genüß paßt es uns nicht, daß wir nur drei Vertreter zugelassen erhielten, deswegen führten wir uns. Es ist auch wahr, daß Sie bereit waren, uns mehr zuzugestehen, aber versprechen konnten Sie uns nichts, denn Sie sagten wörtlich, daß Sie Sache der Mitgliederversammlung. Und der weitere Erfolg blieb tatsächlich auch aus, wiewohl wir gern zugeben, daß Ihrerseits uns "vielleicht" nichts in dem Weg gelegt worden wäre, wenn Sie zu bestimmen, imstande gewesen wären.

Dem Verfasser selbst ist nichts bekannt, daß ihm eine Vertretung auf Grund der Abrechnung und der sich daraus ergebenden Mitgliederzahl angeboten wurde. Gamp war auch darauf gar nicht vorbereitet, sonst hätte er ruhig die Abrechnung mitnehmen können. Deswegen sagte Gamp auch, nachdem ihm die Abrechnung des 4. Quartals 1911 seitens Herrn Tausch vorgelegt wurde, daß wir so 120 Kollegen haben, die am Streik beteiligt sein werden. Und als Herr Tausch dann sagte, daß ihrerseits 1060 in Betracht kommen, erst dann verlor Gamp das Vertrauen zu den von Tausch gemachten Angaben und deswegen fiel auch die Abrechnung von Gamp, daß die Abrechnung auch keinen Wert habe, wenn man seinen Angaben so freien Glauben schenke. Und diese Verurteilung hat heute noch viel mehr seine Berechtigung wie damals. Ein altes Sprichwort sagt: Vertrauen kann nur demjenigen entgegenbringen, der sich selbst vertraut. Und da hat Tausch das schlechteste Beispiel von sich selbst gegeben. Nämlich, am 21. August vorigen Jahres fand die konstituierende Sitzung der Tarifkommission statt. Da erklärte Tausch, daß 1200 Mitglieder ihrerseits beim Streik in Betracht kommen. Nebst dem, also am andern Morgen, waren es 1060, was Gamp ebdich betätigen kann, am Streikpaß waren es noch 781, dabei waren die kirchlichen und einige von uns mitgeköpft. Außerdem müssen wir denn doch fragen, was hat die

Zusammensetzung der Maßschneidertarifkommission mit der Abrechnung zu tun, die von allen Mitgliedern herrührt? Ferner hat Hampf den Vorschlag eingebracht, daß er zu wenig Streikende angegeben hat." Bitte, Herr Tausch, rechnen Sie die Zahlen, die im Artikel als Ergebnis der Abrechnung eingeleitet sind, zusammen, dann erhalten Sie die eigentliche Mitgliederzahl, die am Streik beteiligt und im gegebenen Falle sehr wohl etwas ausmachen könnte können. Wir legen uns deswegen nicht auf das hohe Zahlenmaß, weil die Vernunft sagt, besser sicher oben zu sein, als nur vermeintlich, und blindlings dann herunterzufallen. Deswegen Herr Tausch, haben wir auch den Rat, auf Grund Ihrer Jahresabrechnung Ihren Mitgliederstand einwandfrei festzustellen. Sie haben 96 441 Markten verkauft. Rechnen wir diese zugunsten Ihrer freigestellten Kassierer zum Beitrag jedes einzelnen Mitgliedes, so ergibt sich für Sie die durchschnittliche Mitgliederzahl von 1854,8. Allerdings fehlt es hier weit bis 2300 oder aber Sie haben ziemlich faules Fleisch dabei. Nun haben wir 10 719 Markten verkauft, teilen wir diese auch mit dem Wertbeitrag von 52 Markten ohne freigestellte Kassierer, so ergibt sich die Zahl 206,15 und wenn wir heute höhere Zahlen angeben können, dann können wir dies mit Recht, weil diese in Wirklichkeit vorhanden. Deswegen, Herr Tausch, ergibt es den Prozentfuß von 1 zu 9 und nicht Ihren willkürlichen von 1 zu 12. Und wenn wir die Streikzahl hernehmen, dann ergibt es den Prozentfuß wie 1 zu 5. Deshalb bleiben wir dabei, in Ihrem Lager sollte man keine Eingeliste. Nun heißt es in dem Artikel: "Die Dreistigkeit dieses 'christlichen' Führers zeigt sich aber erst im vollsten Lichte, wo er die Stütze hat, die Feststellung Tauschens vom Umfalle seiner Organisation abzuleugnen. Will Hampf etwa behaupten, daß er von den Abmachungen seines Hauptvorstandes vom 27. März keine Kenntnis hat? Weiß er nicht, daß nach dem von seinen Organisationsleitern angenommenen Vorschlage des Herrn Dr. Hiller in Frankfurt a. M. die Mitglieder seines Verbandes sich mit einer 50/100-igen Lohnreduzierung im ganzen begnügen hätten müssen, falls der Arbeitgeberstand auf seinen Schrein bestand, der Streit am 31. März hätte beendet werden müssen? Man hat den christlichen Kollegen ein Abstimmungsrecht darüber überhaupt nicht eingeräumt. Angesichts solcher Zustände erlaubt sich Hampf, nach meine Person der Unwahrheit zu zeugen; eine solche Handlungsweise richtet sich in den Augen eines jeden anständigen Menschen von selbst."

Herr Tausch, Sie haben den Nagel vor den Kopf gestossen. Man schrieb den 28. März 1912, da wurde in Frankfurt a. M. um 8³⁰ vormittags ein Telegramm ausgegeben folgenden Inhalts: "bis jetzt keine Einigung erzielt, heute früh endlich erst Freitag kommen. Christlichen deshalb voranschickend erst Freitag kommen. Christlichen haben Vermittlungsvorschlag von Dr. Hiller angenommen und nehmen Samstag die Arbeit auf. Tausch." Was ist Wahrheit? Eine rätselhafteste, unerklärliche Frage für alle, die immer reden, was die Leute gerne hören. Das scheint auch bei dem Artikelstreich zu gelten zu wollen, wenn nicht, hätte er die Unmöglichkeit nicht so unarmen dürfen. Also was ist Wahrheit? Wahrheit ist, daß unsere Vertreter prinzipiell den Vorschlag annahm. Wahrheit ist, daß sowohl mündlich als später schriftlich die Erklärung von unserem Zentralvorstand abgegeben wurde, wonach die 50/100-ige Winderhöhung nicht für alle Orte Gültigkeit haben soll; ferner, daß einzelne Härten abgemildert, beziehungsweise gestrichen werden. Wahrheit ist, daß die Kosten und die Kosten 1/2, Tage später das gleiche, nur mit den berücksichtigten und deshalb angenommenen Wünschen unserer und des sozialdemokratischen Zentralvorstandes, angenommen haben. Wahrheit ist, daß Tausch deswegen das Telegramm abgelehnt hat, um die Weisheit zu erregen, um sich leichtere Bahn für seine Mitglieder zu schaffen. Das beweist am besten der Widerspruch des Kollegen Günzinger, der am 20. November in Hampf sagte, daß jetzt die ihren auch unglücklich sind, in der neuesten Ausgabe auch dein." Wahrheit ist, was Hampf darüber schon geschrieben hat, daß man einen Prügelschlag gebraucht, um die Weisheit los zu werden, die man heraufschleichen. Wahrheit ist, daß Tausch für den gleichen Prügelschlag eintrat, ihn anzunehmen. Wahrheit ist, daß Tausch den Tag der Arbeitsaufnahme falsch berichtet hat und so die Erregung unter seinen Lesern vergrößert. Wahr ist, daß die Christlichen nicht abstimmen brauchten, weil Sie Vertrauen zu ihrem Hauptvorstand haben, und in ersten Zeiten Disziplin zu wahren wissen. Wahrheit ist, daß Hampf Tausch als Lügner hinführt; wenn Tausch das nicht will, muß er sich mit der Wahrheit nicht verfeinden. Wahrheit ist, daß es sich, daß vernünftige, anständige Menschen eine beratende Handlungsweise bedauern.

Weiter schreibt Herr Tausch: "Welche eigentliche Rolle spielte nun Hampf bei der ganzen Lohnbewegung in München. Nach Jena fand es dieser Herr nicht einmal der Mühe wert, sich darum zu kümmern, wann die wegen der Kürze der Zeit dort abgebrochenen Verhandlungen am Orte wieder aufgenommen werden. Erst bei der letzten Sitzung erschien Hampf und zwar, wie bemerkt werden muß, auf die schriftliche Einladung des Herrn Schwarz hin. In dieser Sitzung wurden bereits die Korrekturen der Tarife verglichen. Die christlichen Kollegen haben es lediglich dem Arbeitgeberverband und unseren Vertretern zu verdanken, wenn sie heute im Besitze der neuen Tarife sind. Hampf entscheidend sich damit, daß er immer auf eine Einladung von den Arbeitgebern gewartet habe; daß infolge keine Entschuldigung, im Gegenteil, es war seine Pflicht, einmal bei den Arbeitgebern anzufragen, wie das auch seitens unserer und der 50/100-Dunderden Organisation geschehen ist. Und solche Leute machen sich an, über eine Bewegung spaltenlange Artikel in ihrer Zeitung zu bringen, zu deren Durchführung und Abschluß sie so gut wie gar nichts beigetragen haben." Jetzt ist's da; Hampf hat seine Pflicht nicht erfüllt, so wie es Tausch will, aber gemacht, Herr Tausch, wir haben uns in Jena schon an Herrn Dr. da Herr Schwarz verbindet war gewesen, mit dem Bemerkten, daß die Fortsetzung des Vore- und Uniformtarifes gleich nach Oben fortgesetzt werden soll und wollten auch gleich einen Tag selbsteigeln wissen. Dies war Herrn Dr. nicht möglich, die Sitzung einberufen wurde. Als die Einladung in der ersten Woche nicht kam, richteten wir in der zweiten Woche ein Schreiben an den Arbeitgeberverband, worin wir unsere Wünsche niederlegten. Am Donnerstag, den 18. April war nun die Sitzung einberufen, von denen Stauffen wir aber erst am Freitag, den 19. April Kenntnis erhielten. Am Dienstag, 30. April fand abermals Sitzung statt, wozu Herr Schwarz gegenüber Tausch, daß er zu der am 18. 4. gemeinen Sitzung keine Einladung erhielt. Jetzt, Herr Tausch, denken Sie nach, was Sie darauf sagten; nämlich: daß es schnell gegangen sein mußte, denn sie selbst erhielten erst eine Stunde vor der Sitzung Kenntnis davon." Nun möchte ich Herrn Tausch aber gegenüber-

stellen, wie soll es uns möglich sein, davon zu erfahren, wenn Sie so spät unterrichtet werden. Hampf steht in Arbeit, er kann nicht immer Besuche machen, weil er zu der Zeit, in der er weg kann, die Personen nicht trifft. Hampf hat auch kein Telefon bei sich, mit dem er Privatgespräche führen kann, ergo muß die Sache schriftlich gemacht werden; diese ist gemacht, ohne daß wir so strengig sind, deswegen von der sozialdemokratischen Zeitung gelobt zu werden. Und wenn Herr Tausch droht, mir die Mäste vom Gesicht zu reißen, so mag er es ruhig tun. Hampf verdirbt vorerst auf diese Weise, steht aber nicht an, auf Wunsch Jeneren zu halten. Somit ist die Sache für uns erledigt, nachdem wir von unserer Zentrale geklärt werden betriff unserer Pflichterfüllung. Wir legen deshalb eine fleißigste Einmischung ihrerseits dankbar ab. Hampf.

Rundschau.

Arbeitsmarkt im Monat April.

Nach dem Bericht des Kaiserl. statistischen Amt war der Geschäftsgang in der Damentextilindustrie nur mäßig befriedigend und etwas geringer als im Vormonat. Ueberangebot von Arbeitskräften wird mehrfach aus Berlin gemeldet. Auch in der Damen- und Kindermanteltextilindustrie liegt die Beschäftigung gegenüber dem Vormonat etwas nach. In der Herrenkonfektion war die Beschäftigung recht lebhaft, da durch den Arbeitsstopp sich viel Arbeit aufgehäuft hatte. In billigen Arbeiterkleidern war die Beschäftigung zu Anfang des Monats schlecht, später besser. Aus dem Westen wird Mangel an Zuschneidern gemeldet.

Das Wäschegehilfenlag, wie in den Vormonaten, recht befriedigend; in Berlin fehlte es zeitweise an geschulten Arbeiterkräften.

Bei den Innungsarbeitern des Bekleidungs- und Reinigungsberufes sind insgesamt 26 248 männlichen und 11 258 weiblichen verkürzten Mitgliedern, stellte sich unter Berücksichtigung der Veränderung der erwerbsfähigen Kräfte am 1. Mai eine Zunahme von 1058 männlichen und eine Abnahme von 827 weiblichen Mitgliedern heraus. Bei den Betriebskrankenkassen von 6079 Zuschneidern und 10 501 weiblichen Mitgliedern, hatte sich die Zahl der wirklich beschäftigten männlichen Personen um 119 verringert, die der weiblichen um 294 vermehrt.

Ein Boykottprohe.

Wachdruck verboten.

Im Frühjahr 1907 unternahm der sozialdemokratische Schneiderverband in Berlin einen Versuch zwecks Abschaffung der Heimarbeit in der Konfektion. In einem Flugblatt wurden die Konsumenten von Herren- und Knabenkonfektion aufgefordert, die Arbeiterarbeit in dem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dadurch zu unterstützen, daß bei Einkäufen hiesigen Firmen gemieden werden, die die Forderungen des Verbandes ablehnen; es ist eine Liste dieser Firmen beigefügt und es wird dann weiter ausgeführt, daß die Gewerkschaften die klare Sachlage dadurch zu verdeutlichen suchten, daß sie behaupten, sie produzieren überhaupt nicht selbst und seien deshalb nicht verantwortlich für etwaige Schandblände; die Heimarbeit sei aus schwerer Arbeit zu betämpfen; die Erziehung von Betriebswerkstätten sei auch von den Konfektionshändlern zu verlangen, das tausende Publikum wird erlucht, die in der Liste aufgeführten Firmen, über die der Boykott verhängt sei, streng zu meiden. Eine ähnliche Bekanntmachung ist in mehreren Nummern des Vorwärts veröffentlicht worden. In der Liste der boykottierten Firmen war auch die Firma E. Böhm in Berlin, Stalingerstr. 31, bezeichnet, die sich mit dem Verkauf von Büscheln und Arbeiterkleidungsstücken beschäftigt, die nicht in eigenen Werkstätten hergestellt sind. Die Firma Böhm behauptet, infolge des Boykotts sei ihr Geschäftsumsatz um ein Drittel zurückgegangen, sie habe einen Schaden von 60000 Mark erlitten. Hieron klagt sie von der Gewerkschaft Berlin des Schneiderverbandes und deren Geschäftsführer Ränge zunächst einen Teilbetrag von 5000 Mark ein.

Das Landgericht I zu Berlin hat den Schadenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Ueber den weiteren Klagenanspruch (auf Unterlassung der weiteren Verbreitung des Flugblattes und auf Schadenersatz gegen die Druckerei des Vorwärts) ist eine Entscheidung noch nicht ergangen. Im Gegenfug zum Landgericht hat das Kammergericht zu Berlin in die Schadenklage abgewiesen. Es führt in Anlehnung an die ständige Rechtspredung des Reichsgerichts aus, daß weder der Boykott an sich als eine unerlaubte Maßnahme zu betrachten ist, noch daß er dies durch das erstrebte Ziel oder die Art seiner Durchführung geworden sei. Es sei anzuerkennen, daß die Forderungen auf Einrichtung besonderer Betriebswerkstätten, Zahlung ausreichender Löhne und Abschaffung der Heimarbeit nicht gegen die guten Sitten verstoßen. Das Flugblatt gehe im Ausdruck zwar bis an die äußerste Grenze des Erlaubten; die Ausdrücke seien zwar scharf, aber nicht so maßlos, daß anzunehmen wäre, es sei dem Verfasser nur auf die Schmählung des Gegners angekommen. Das eine — an sich unzulässige — Verteilung der Flugblätter auf den Straßen vor dem Geschäftshaus der Klägerin stattgefunden habe, hält das Kammergericht nicht für erwiesen. Dem Bericht des Polizeipräsidenten, daß an jenen Tagen sei, daß auch vor dem Geschäft der Klägerin eine Flugblattverteilung erfolgt sei und daß wahrscheinlich auch Boykottposten ausgelegt gewesen seien, legt das Kammergericht gegenüber dem Ergebnis der Beweisaufnahme kein Gewicht bei. Schließlich wird auch die Absicht der Beklagten, die wirtschaftliche Existenz des Klägers zu vernichten, vom Kammergericht verneint. Die Resolution des Klägers suchte nun auszuführen, daß der Boykott im vorliegenden Falle, insbesondere durch die Art seiner Durchführung, ein erlaubtes Kampfmittel nicht mehr gemeint sei. Es sei die nötige Vermittlung der wirtschaftlichen Existenz des Klägers beabsichtigt gewesen; die vom Kläger hierfür erbotenen Bemühungen habe das Kammergericht zu Unrecht abgelehnt. — Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung an das Kammergericht zurückverwiesen.

Befähigungsnachweis in der Maßschneiderei.

Der deutsche Reichstag befaßte sich am 21. Mai mit einer Petition betreffend Einführung des Befähigungsnachweises in der Maßschneiderei. Die Petition sollte der Regierung als Material überwiegen werden. Gegenüber beauftragt der sozialdemokratische Abgeordnete Albrecht Schneidermeister in Halle a. d. Saale. Uebertragung zur Tagesordnung d. h. Ablehnung, weil es wesentlich sei, in der Maßschneiderei den Befähigungsnachweis einzuführen. Der Reichstag hat den Antrag des Schneidermeisters Albrecht angenommen.

Der Aufwand eines Konfektionärs.

Hierüber schrieb kürzlich die "Kölnische Volkszeitung" in ihrem Handeltreibler unter anderem folgendes: "Der gelbliche Zusammenbruch des Generalkonfessionals von Costarica S. M. Müller hat nicht nur in der Berliner Konfektionsviertel Aufsehen erregt. . . Wie ist es überhaupt möglich, daß ein solcher Zusammenbruch so lange hinausgeschoben wird und gerade geschäftstüchtige Banken denen ja die Erfindung über die Verhältnisse des Generalkonfessionals gar nicht schwer fiel, sich so täuschen lassen? Die Antwort liegt in der uralten Erfahrung, daß der Schwindler nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn er sein Handwerk im Großen betreibt. Der heute eine Wille im teuersten Teil des Berliner Lebens bewohnt und mehrere Automobile und eine größere Dienerschaft auf seiner persönlichen Verfügung hält, Einladungen zu großen Dinners, Jagden, Hausbällen usw. ergehen läßt und auch sonst mit den Willen des "Grand-seigneur" auftritt, der gilt in der Reichshauptstadt noch immer für rechtswürdig und geschäftstüchtig! Daß er vielleicht ein Totalitator oder im feudalen Spielklub große Summen verliert, schadet seinem Ansehen wenig. Denn ein Leben von der Art, wie es jener Generalkonfessionals führte, kostet Geld, viel Geld. Er soll für seinen Privateaufwand 200 000 Mk. jährlich ausgegeben haben; es können aber auch mehr gewesen sein! Jedenfalls ist bereits festgestellt, daß die hinterlassenen Schulden mehr als eine Million Mk. betragen. Der Reichsfiskus mit seinem Einkommen von 100 000 000 Mk., von dem noch allerlei notwendige in der Amstufung begründete Ausgaben abgehen, erscheint gegenüber diesen Verschwendern aus dem Himmeln- und Juppensüßel in seiner Lebenshaltung noch als kleiner Beamter." Das die noblen Lebenshaltung des Generalkonfessionals bei den Geschäftsfreunden Veracht nicht aufkommen ließen, spricht dafür, daß sich seine Lebensweise in den "üblichen" Kreisen benehmt. . ."

Die "Kölnische Volkszeitung" beurteilt mit Recht in ganz entscheidender Weise dieses Treiben.

Aussehen erregende Mitteilungen.

Aber Mißachtung der tariflichen Einigungs- und Schlichtungsinstanzen seitens sozialdemokratischer Gewerkschaften kommen der Reichshauptstadt. So berichtet die Tagespresse unter der Epithete "Schwierigkeiten im Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe:

"Bekanntlich ist beim Abschluß der großen Kämpfe im Baugewerbe im Sommer 1910 ein Hauptvertrag zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und den Zentralverbänden der Bauarbeiter abgeschlossen, durch den ein Zentralschiedsgericht eingesetzt, das Verfügungen gegen Urteile der unteren Tarifvertragsinstanzen und grundsätzliche Tarifvertragsangelegenheiten entscheiden soll. Es besteht aus fünf Inparteilichen, vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern. Dem geschäftsführenden Inparteilichen liegt es nach der Geschäftsordnung des Zentralschiedsgerichts ob, die Termine der Sitzung anzuberaumen. Der letzten Einladung zu einer Sitzung, die am 13. Mai d. J. hier stattfinden sollte, haben nun die beiden sozialdemokratischen Gewerkschaften, der Deutsche Bauarbeiterverband und der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands nicht Folge geleistet. Außer den Inparteilichen (Gemeinschaftssekretär Dr. Branner-München, Beigeordneter Rath-Hen, Gewerkschaftssekretär von Schulz-Berlin, Magistrats-Wählung-Berlin) hatten sich nur die Vertreter des Arbeitgeberverbandes und des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter eingefunden, so daß in die Verhandlungen nicht eingetreten werden konnte."

Man darf tatsächlich gespannt darauf sein, welche Gründe die betreffenden sozialdemokratischen Verbände für dieses, allen gewerkschaftlichen Grundfragen zuehende Verhalten beibringen werden. Fest steht, daß der Tarifbes durch beratige Vorkommnisse wäplich ein schlechter Dienst erwiesen wird.

Es scheint fast, als ob nach den sozialdemokratischen Wahlsiegen den Besonnen der Raum bereit geschmolzen ist, daß sie meinen, sich alles erlauben zu dürfen und die Tarifverträge — die sie nur als vorübergehendes Mittel zu Einführung der Macht anerkennen — nicht mehr nötig zu haben. —

Literarisches.

Das Budgetrecht des Deutschen Reichstags und der Reichshauptstadt. Zweite Auflage. 8° (68) M. Gladbach 1912, Volkvereinsverlag GmbH. 40 Pf., postfrei 45 Pf.

Gute Disposition und Durchhalt macht die Materie immer ganz einfache und teilweise etwas trockene Literatur auch den minder Geschulten mundgerecht.

Das Bürgerrecht. Eine Einführung für Nichtjuristen von Dr. Hans Wehberg. 8° (48) M. Gladbach 1912, Volkvereinsverlag GmbH. 40 Pf., postfrei 45 Pf. Inhaltlich gehaltene Felle der "Staatsbürger-Bibliothek" entspricht dem Zweck der Selbstbelehrung aufs beste und ist deshalb aller Empfehlung wert.

Geer- und Marine-Verordnung. (8°) 60 Pf. M. Gladbach 1912, Volkvereinsverlag GmbH. 40, postfrei 45 Pf.) Das sehr systematisch und übersichtlich gehaltene Werk wird jedem, der sich zu dem "Volk in Waffen" zählt, hoch willkommen sein.

Die internationale Friedensbewegung. Von Dr. Hans Wehberg. (Staatsbürger-Bibliothek Heft 29.) 8° (88) M. Gladbach 1911, Volkvereinsverlag. Preis 40 Pf., postfrei 45 Pf.

Das neue Heft wird bald eine reiche Schaar von Freunden haben, zumal es seinen innern Wert auf die literaturwissenschaftliche Bedeutung erster Kenner der Sachlage gründet.

Die sozialistische Jugendbewegung in Deutschland. Von Joseph Rippert. (Soziale Tagefragen Heft 39.) gr. 8° (38) M. Gladbach 1912, Volkvereinsverlag GmbH. 60 Pf.

Inhalt: Der "Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands". II. Die Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands". III. Neuorganisation der sozialistischen Jugendbewegung. IV. Richtiges und Falsches der sozialistischen Jugendbewegung, beurteilt aus ihren Verbändenorganen.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von E. Galm, Magistratssekretär in Aachen (Wienstr. 3), Selbstverlag; 7. Auflage (81. bis 35. Laufend), Preis 20 Pf. Eine vom I. B. Staatsministerium des Innern empfohlene Broschüre, die nicht allein die seit 1. Januar 1912 geltenden Bestimmungen in klarer, volkreiflicher Weise darlegt, sondern auch tabellarische Übersichten der Höhe der Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Hinterbliebenen entfällt. Jede versicherungspflichtige und

versicherungsberechtigte Person sollte im Besitze dieser vor-
trefflichen Aufklärungsschrift sein.

Infolge Vereinbarung mit dem Verfasser liefert dieser
unseren Verbandsangehörigen portofrei 100 Stück zu 10 M.
Unsere Ortsgruppen ersehen wir, Bestellungen direkt bei
dem Verfasser zu machen.

Adressenänderung.

München. Reiseunterstützung bei Kollege W. Storn,
Schammerstr. 16/3 r. Alle brieflichen Sachen sind an
Hans Hampf, Falkstr. 41, Blod 7, 3. Et. zu
richten. Dasselbst wird auch die Krankenunterstützung
ausbezahlt. Zu treffen jeden Tag bis abends 7 1/2 Uhr.

Mm. Vorsitzender Kollege Anton Steiger wohnt
Lautenberg 3.

Große helle Räume

von 2 Seiten Fenster 1. und 2. Etage Schwerdtfegerstr. 22
sofort oder später zu vermieten. Näheres Magdeburg,
Breiteweg 57. l.

Arbeitsnachweis.

Erkennliche Rodarbeiter.

auch für schwarze Arbeit, für dauernde Beschäftigung auf
Werkstatt gesucht. Bei längerer resp. dauernder Arbeit
werden Reisekosten vergütet."

Emil Wolf, Coblenz,
Firmungstr. 36-38.

Tüchtige Schneider

auf **Groß- und Kleinstück** gesucht von
J. Deuff, Freiburg.

Laufflässe über 1a
R. S. Nach zweimonatlicher Arbeit wird die Fahrt
bezahlt.

Tüchtiger Hofschneider

für bessere Makarbeit, bei dauernder Beschäftigung gesucht.
Tarif I.
Wilhelm Ditz, Saarbrücken 1.

München. Arbeitsnachweis täglich von 7-8 1/2 Uhr
abends, Bayerstr. 25/3 Abg. Eingang Schillerstr.

Nachruf.

Am 27. Mai verschied nach längerem, schweren
Leiden unser lieber Verbandskollege

August Gabel
im Alter von 24 1/2 Jahren.

Ein eifriges Mitglied, stets kollegial im Sinne, wurde
uns durch den unerbittlichen Tod entzogen. Die Kol-
legen von Siegnitz, welche ihm auch das letzte Geleit
gaben, werden ihm stets ein ehrendes Andenken be-
wahren.

Die Ortsverwaltung Siegnitz.

	<p>Inserationspreis. Die 4 gespaltene Zeiteile oder deren Raum 40 Pfg. Stellengesuche 20 Pfg.</p>	<p>Inserate</p>	<p>Rabattfähige. Bei 3-26 maliger Aufnahme 10-50 % Rabatt. Für Jahrgängen und Mitglieder 25 % Ermäßigung.</p>	
--	--	------------------------	--	--

Per sofort nach **Oldenburg**
(Großherzogtum Oldenburg) eine
Anzahl

**Groß- und
Kleinstückmacher**

bei guten Stücklöhnen gesucht.
Nach einmonatlicher Tätigkeit
erfolgt Fahrlosgütung. Dauernde
Arbeit zugesichert.

Anfragen sind an **Fr. Spange-
macher**, Oldenburg, Heiligengeist-
straße 25, zu richten.

Ziehung am 12. 13. Juni in Coblenz

Wohltätigkeits-Lotterie
zu Gunsten des Vereins
Handwerker-Erholungsheim
5000 Gew. im Gesamtwerte von Mark

50000
Hauptgewinne im Werte von Mark

20000
5000
2000

Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.
Porto und Liste 30 Pfg. versendet
General-Debit und Bankgeschäft
Ferd. Schäfer
Düsseldorf 24, Königsallee 52.
Auch zu haben in allen durch Plakate
kenntlichen Verkaufsstellen.

Berliner, gegr. 1871

**Schneider-
Akademie**

RUDOLF MAURER

Berlin W. Friedrichstr. 65a

**FACHLEHRANSTALT I. RANGES für Herren-
Damen- und Wäsche-Schneiderei**

**VERBUND von LEHRBÜCHERN für
Herren- und Damenschneider**

**MODE-ZEICHNUNG
Prospekte
gratis.**

**Corré-System
hat
Wulfruff**

Moden-Akademie
der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen.
Zuschneide-Lehranstalt I. Ranges
Prämiert Krefeld 1911
Verlag der „Praktischen Fachwissenschaft“.
Ausbildung von Zuschneidern, Direktinnen und Kürschnern.
Vollständige Ausbildung zur Ablegung der Meisterprüfung. Neue
Lehrbuchausgaben im Damen- und Herrentsch. Hauptkurse be-
ginnen am 1. und 15. jeden Monats. Abendkurse täglich. Stete
Nachfrage nach Direktinnen und Zuschneidern. Illustrierter Prospek-
t durch die Geschäftsstelle
Köln a. Rh., Neumarkt 27-29, Ecke Thieboldsgasse
Telephon B 5854.

Schneider-Akademie
für Damen- und Herren-Garderobe
Wilh. Peters & Sohn
BERLIN, Schloss Neuenhagen, Ostbahn.
Filialen: Hannover u. Köln. Fachwissenschaftl. Lehranstalt
I. Ranges. Vielfach prämiert. Tadellose Ausbildung. Lehr-
bücher z. Selbstunterricht. Schnittmuster.
Die schönste Schneider-Akademie der Welt.
Beide Inhaber Fachleute und Lehrer an Handwerks-
kammern u. Innungen usw. Prospekte frei. Mitgl. des Ver-
bandes 5% Rabatt.
Die Direktion.

Die gediegenste beste Ausbildung im
Zuschnitt der gesamten
Damen- oder Herrengarderobe,
nach praktisch erprobtem System, mit den
neuesten fachtechnischen Erfahrungen,
bekommen Sie an der
**Ersten deutschen
Zuschneider-Vereins-Schule**
MÜNCHEN Naffelstr. 9.
Telefon 21 083.
Hervorragende Stellenvermittlung. Prospekte gratis.



**Erkennliches
Zuschneide-Lehr-Institut**
für H. Herren- und Damen-Moden
Jah. Augustin Winter,
Breslau, Ohlauerstraße 84², Eingang
Saarbrücken.
Am 1. und 15. jeden Monats beginnen neue
Tages- u. Abendkurse
Sorgfältigste und gewissenhafteste Ausbildung. — Gediegener theoretisch
und praktischer Unterricht. — 1a. Referenzen. — Produkt neuester
Ausgabe zwecks näherer Orientierung gratis und franco.
Ähnlichen Zweigen der Herren- und Damen-Schneiderei.